

Demokratie- und Menschenrechtsförderung sollen gekürzt werden. Ausgerechnet jetzt. Geht's noch?

Offener Brief von Silke Baer, Geschäftsführerin von cultures interactive e.V.

Eigentlich will man kaum anfangen, zu schreiben. Denn wie oft haben wir zivilgesellschaftlichen Träger schon erklären müssen, wie wichtig es ist, unsere schwierige Aufgabe der Demokratieförderung und Extremismusprävention solide zu finanzieren. Wir gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen sind diejenigen, die seit Beginn der 2000er Jahre beharrlich Alarm schlagen und dafür arbeiten, dass die vielfachen rechtsextremen Umtriebe, systematischen Angriffe und zunächst weniger merklichen Unterwanderungen der demokratischen Gemeinwesen und der staatlichen Einrichtungen wahr- und wirklich ernst genommen werden; die dazu recherchieren und dokumentieren, die Hilfe und Vernetzung für Betroffene anbieten, professionelle Handreichungen und Unterstützung für Fachkräfte – z.B. in Kitas, Jugendämtern, auch in Wirtschaft, Polizei, Bundeswehr und Justiz, usw. – erbringen; die wirksame (intensiv)pädagogische Formate für Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus und Lebensumständen entwickeln und vielfache Präventionsangebote für Jugendarbeit und Schule vorhalten. Und ausgerechnet in dieser Zeit, in der die Zustimmungswerte für rechtsextreme Akteur*innen steigen, in der Politiker*innen im Wahlkampf brutal angegriffen werden, der öffentliche Ton auf allen Ebenen noch feindseliger und rabiater wird, ausgerechnet in dieser Zeit werden Arbeit und Existenz der gemeinnützigen Träger der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung fahrlässig zur Disposition gestellt.

Denn auch bezüglich der Förderprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention hört man von Kürzungsplänen. Das bedeutet konkret, dass Projekte, die sich bisher erfolgreich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Islamismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und andere Formen von Intoleranz und Militanz auseinandergesetzt haben, demnächst einzubrechen drohen und Strukturen verloren gehen. Einige Träger müssen die Schließung oder Verkleinerung fürchten – und erfahrene, leistungsstarke Mitarbeitende werden zwangsläufig in andere Bereiche wechseln. Damit geht Knowhow verloren und es werden Leerstellen im Bereich der Rechtsextremismusprävention entstehen.

Was für ein Signal! Ausgerechnet jetzt!

Dabei ist den zivilgesellschaftlichen Trägern eigentlich seit Jahren von wechselnden Koalitionen das Gegenteil versprochen worden: eine Absicherung ihrer Arbeit. Doch das Demokratiefördergesetz, inzwischen schon zweimal beschlossen, wird nun innerhalb der Regierung unterlaufen. Damit entfällt die erforderliche Rechtssicherheit zur Finanzierung von weitreichender und qualitätsgesicherter Demokratieförderung im Sinne des Grundgesetzes. Und nun gefährden auch noch die Sparpläne die grundsätzliche Weiterarbeit. Ausgerechnet in einer Zeit, in der immer mehr Menschen von Abwertung, Hass und Hetze betroffen sind und immer mehr Menschen realisieren, dass rechtsextreme Dynamiken mit einer zerstörerischen Spaltungskraft in viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens hineinwirken. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen beginnen, sich dagegen zu wehren. Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus sind ein Zeichen dafür, ein großartiges Zeichen. Aber auch jede inzwischen voll ausgebuchte Fachkonferenz und Fortbildung zur Frage, wie umgehen mit Rechtsextremismus heute. Dort finden sich Lehrkräfte, die immer häufiger auf rechtsextreme Schüler*innen und deren Eltern treffen bzw. von deren Anwält*innen bedrängt werden. Dann die vielen Jugend- und Sozialarbeiter*innen, die vor Ort bedroht und eingeschüchtert werden und um Leib und Leben fürchten müssen, wenn sie sich aktiv für Demokratie einsetzen oder mit Geflüchteten arbeiten. Auch Menschen aus Ämtern, Wirtschaft, kirchlicher Arbeit und vermehrt Rentner*innen kommen zu den Fachveranstaltungen. Für sie wird es immer deutlicher, wie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Abwertung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, Demokratie- und EU-Feindlichkeit sowie Nationalismus den sozialen Frieden zerstören, die Handlungsfähigkeit der demokratisch gesinnten Bürger*innen blockieren und letztlich auch das wirtschaftliche Vorankommen gefährden: „Wir bekommen keine der dringend benötigten Fachkräfte in unserer Region!“ ... „Wir wissen nicht mehr, wie wir mit den Schülerinnen und Schülern reden sollen!“ ... „Es gibt nicht genügend Handwerker, viele verlassen das Handwerk nach der Lehre, weil sie den harten rechtsextremen Sprech unter den Kollegen nicht ertragen ...“. Dergleichen hört man immer wieder.

Und es kommen Politiker*innen zu Fachtagungen aus Landes-, Bundes- und EU-Parlamenten, die darüber berichten, wie die Zusammenarbeit mit Rechtspopulist*innen läuft. Wie diese sich etwa auf die Innen- und Wirtschafts-Ausschüsse aufteilen, aber zu keinem Arbeitstreffen erscheinen. Erst ganz am Schluss kämen sie vorbei, um Fotos und kontext-verzerrte Zitate für ihre Social-Media-Kanäle zu generieren, um damit die mühsamen Ergebnisse der anderen Parteien verächtlich zu machen. „Es hat lange gebraucht, bis wir begriffen haben, dass das eine Strategie ist.“ Staatliche Institutionen, Bedienstete und Ehrenamtliche scheinen kaum darauf vorbereitet zu sein, sich erfolgreich gegen solche Strategien zu wehren, die im Grunde nur konstruktive Politik zersetzen wollen.

Das muss beunruhigen angesichts sehr gut vernetzter, auf unterschiedlichen Ebenen wirksamen rechtsextremen Akteur*innen, die nicht zufällig in dieser Zeit an so vielen Stellen sichtbar werden. Das ist das Ergebnis eines strategischen Vorgehens und die gesellschaftliche Entwicklung, vor der wir zivilgesellschaftlichen Träger seit Jahren warnen. Und nun müssen wir uns angesichts der (leider) eingetroffenen Prognosen die Augen reiben, weil Deutschland nicht nur diesem immensen Rechtsruck ausgesetzt ist, sondern gleichzeitig auch noch politisch Verantwortliche die Arbeit der Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention immer noch diffamieren und in Frage stellen. Wie kann es jetzt noch sein, dass die Dringlichkeit professioneller Arbeit gegen Rechtsextremismus unabhängig von ideologischen links-, liberal-, konservativ-Positionierungen und parteipolitischen Ränkespielen abzusichern, weiterhin nicht bei Politik und Öffentlichkeit angekommen ist?

Denn aktuell wird offensichtlich die Fördersumme des Programms „Demokratie leben!“ in den Haushaltsverhandlungen beharrt. 182 Millionen Euro hatte das Programm 2023 zur Verfügung. Das ist viel Geld, kein Zweifel. Und wir sind froh, dass das Programm inzwischen so gut ausgestattet ist. Doch zum Vergleich: Würde man jährlich auf den Neubau von 18,2 Kilometer Autobahn verzichten, käme man auf ebendiese 182 Millionen für Einsparungen. Nur so ein Gedanke.

Folgender Appell:

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, geht nicht nur auf die Straße gegen Rechtsextremismus, geht auch auf die Straße für Demokratie und Menschenrechte. Setzt euch ein für die Vereine und Initiativen, die seit Jahren vor dem Erstarken von nationalistischen, völkischen und menschenrechtsfeindlichen Ideen in immer breiteren Kreisen der Gesellschaft warnen. Die ihre ganze Kraft in die Arbeit für Betroffene von rechter Gewalt, gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung von vermeintlich „nicht-deutschen“ Menschen, für die Stärkung der Demokratiefähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen, gegen eine weitere Radikalisierung bei gefährdeten jungen Menschen und Erwachsenen einsetzen. Es ist eine schlechte Idee, das Arbeitsfeld der Präventionsarbeit und Demokratieförderung ausgerechnet in dieser Zeit nicht verlässlich zu stärken und zum Spielball in Haushaltsverhandlungen werden zu lassen.

Liebe demokratische Parteien in den Parlamenten, springt in dieser Frage über eure parteiideologischen Schatten und helft, unsere Demokratie auf kommunaler, Landes- und Bundesebene abzusichern. Verhindert rechtsextreme Einflussnahme in diesen Strukturen, macht sie sicher mit allen Mitteln der Rechtsstaatlichkeit. Und ja, nehmt gerne Partei für jene Träger, die sich seit Jahren als Nichtregierungsorganisationen für Demokratie und gegen ein

Erstarken von Rechtsextremismus einsetzen. Denn Träger in diesem Bereich sind keine „linksversifften“ Funktionäre, wie oft vermittelt wird, sondern gut ausgebildete Menschen aus Sozialarbeit, Pädagogik, Psychologie, Kommunikations-, Politik-, Betriebs- und Rechtswissenschaften mit Zusatzausbildungen in Coaching, Beratung, Supervision, Mediation, Konfliktmanagement und Organisationsentwicklung. Träger der Präventionsarbeit sind verantwortlich für bewährte Deradikalisierungsarbeit mit rechtsextrem Orientierten im Strafvollzug und in der Ausstiegshilfe, für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalisieren und mit ihrer Menschenverachtung im Schulalltag Einfluss auf Gleichaltrige nehmen. Andere übernehmen wichtige Aufgaben der Beratung und Begleitung von Menschen, die durch extremistisch motivierte Gewalttäter*innen angegriffen wurden. Sie sorgen dafür, dass diese Menschen wenigstens nach der Tat Schutz und Beistand erfahren und machen damit unsere Gesellschaft menschlicher. Andere beraten Ämter, Kommunen, Betriebe, Schulen, Jugendeinrichtungen und viele mehr im Umgang mit dem strategischen Vorgehen der Einflussnahme durch rechtsextreme Akteur*innen in diesen Institutionen.

Liebe Regierungsverantwortlichen: Die oben genannten Träger sind keine Sponti-Initiativen, die man durch Förderung an- und abstellen kann, wie es einem gerade in den koalitionspolitischen Kram passt. Das sind professionelle Organisationen mit einer jahrzehntelangen Fachlichkeit. Ihre Arbeit hätte schon in den letzten Jahren noch besser sein können, wenn sie nicht der kurzfristigen Projektarbeit, jahrelangen Unterfinanzierung auf Kosten einer vernünftigen flächendeckenden Präventionslandschaft und immerwährenden Existenzängsten bezüglich der Gesamtorganisation ausgesetzt gewesen wären. Seit Jahren verspricht man eine Verbesserung und Absicherung unserer Arbeitsbedingungen. Wann, wenn nicht jetzt?